

Zunehmende Opposition im FDGB

Illegale Gewerkschaftsgruppen — Gegen undemokratisches Statut

Mit der Erklärung, „feindliche Strömungen in einigen Industrie- und Gewerkschaften“ richteten sich gegen das vor Jahresfrist abgeänderte FDGB-Statut, verblüffte der FDGB-Bundesvorstand am letzten Wochenende die Teilnehmer einer Bezirksinstrukteur-Konferenz. Ohne Namensnennung wurde dabei auf „leitende Genossen“ in den IG Metallurgie und Bergbau hingewiesen, die versucht haben sollen, einen neuen FDGB-Bundeskongreß zu erzwingen, um auf diesem eine Revision der neuen Statuten vorzuschlagen. Den Betroffenen sei es gelungen, ihre Vorschläge in den unteren FDGB-Leitungen zur Diskussion zu bringen, wodurch Unruhe in die Mitgliederschaft getragen worden sei. Ohne nähere Erläuterungen wurde dazu erklärt, daß der FDGB-Bundesvorstand „bereits die Konsequenzen gezogen“ habe.

So schwer es ist, aus diesen Andeutungen den tatsächlichen Umfang einer „Gewerkschafts-Opposition“ abzuleiten, so könnten doch einige Vorgänge der letzten Monate darüber Aufschluß geben. Zahlreiche FDGB-Leitungen meldeten seit etwa Mitte März das Bestehen „illegaler Gewerkschaftsgruppen“, wobei eine „vermutete Wühlarbeit westlicher Stellen“ als Ursache angegeben wurde. Auf SSD-Ebene durchgeführte Untersuchungen vermochten dieses Rätsel allerdings ebensowenig aufzuklären wie die sofort einsetzenden Überprüfungen durch die FDGB-Bezirksvorstände. Erst der Fall des Eisenhüttenwerkes Calbe gab dem beunruhigten Bundesvorstand die Lösung ein.

Kampf um Streikrecht

In Calbe hatte die Betriebsleitung — wie später zugegeben — ungerechtfertigt drei Arbeiter entlassen. Daraufhin beschloß die betreffende Abteilungs-gewerkschaftsleitung einen zwei-stündigen Proteststreik. Die Betriebs-gewerkschaftsleitung lehnte ihre Zustimmung ab, da das im vergangenen Juni abgeänderte FDGB-Statut in der volkseigenen Industrie den Streik verbietet. Nach Durchführung des Streiks wurden zwei weitere

Arbeiter entlassen, einer davon vorübergehend verhaftet.

Nun geschah folgendes: Kein Gewerkschafter trat aus dem FDGB aus, aber alle boykottierten künftig die Versammlungen und Sitzungen der BGL. Dafür wurden getarnte Abteilungsversammlungen einberufen, auf denen man ganz offen rein gewerkschaftliche Dinge besprach. Als die Betriebsleitung wenig später gezwungen war, ihr Unrecht zuzugeben und die zuerst entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, stellten nunmehr als vier solcher „illegalen“ Gewerkschaftsgruppen die Forderung nach einer Überprüfung des FDGB-Statuts zugunsten der Wiederaufnahme des Streikrechtes.

Es kam zu einer Überprüfung, bei der man auf merkwürdige Parallelen stieß: In zahlreichen anderen Betrieben hatte diese Methode der Kaltstellung offizieller FDGB-Leitungen und die außerorganisatorische Gewerkschaftsarbeit bereits früher Schule gemacht. In Hettstedt war dies bereits soweit gediehen, daß die BGL dankbar war, wenn ihr die Mitglieder ab und zu etwas über die „illegalen“ Gewerkschaftsdiskussionen erzählten, damit die BGL sich wenigstens der dadurch entstandenen Lage anzupassen ver-

mochte. Der später gemäß-regelte BGL-Sekretär sagte dazu resignierend: „Wir waren ja froh, wenn wenigstens die Beiträge einkamen...!“

Diktatorische Arbeitsweise

Unter dem Druck dieser Tatsachen hatten die Leitungen einiger IG's nachgegeben und „Ausssprachen“ zwischen den „Illegalen“ und den BGL-Funktionären organisiert, mit dem Tenor, gewerkschaftliche Arbeit dürfe nur innerhalb der FDGB-Organisation betrieben werden. Inzwischen hatte jedoch der Bundesvorstand davon Kenntnis bekommen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen: „Mit Spaltern und Verrätern kann man nicht diskutieren!“ der ganz erklärliehe Vorgang wurde über Nacht zu einem die Grundfesten des FDGB erschütternden Politikum. Instrukteure stellten die tatsächliche oder vermutete Existenz von mindestens einigen hundert solcher illegalen Gewerkschaftsgruppierungen fest. Niemand aber kam auf die Idee, die Ursache dafür in der diktatorischen Arbeitsweise der verantwortlichen FDGB-Leitungen zu suchen.

Der Erfolg aber hat sich in ganz anderer Weise eingestellt. Plötzlich wird in zahlreichen FDGB-Versammlungen das undemokratische Statut vom Juni 1955 angefochten. Immer wieder taucht die Forderung nach einem neuen FDGB-Kongreß auf, auf dem sich der Bundesvorstand ebenso einer politischen Revision befleißigen solle wie es die SED tun müssen wird. Das von Lenin verbiefte „Streikrecht auch im Sozialismus“ wird dabei von alten Gewerkschaftern nicht unglück in die Waagschale geworfen.

Das Ergebnis von London

DT. Der sowjetische Staatsbesuch in Großbritannien ist beendet, und sein politisches Ergebnis ist sehr bescheiden — enttäuschend sogar für diejenigen, die von ihm wesentliche Fortschritte der internationalen Politik erwartet hatten. In zahlreichen Besprechungen, die zwischen Ministerpräsident Eden und seinen Gästen stattfanden, wurden zwar alle Probleme berührt, die ihrer Lösung harren, aber keines von ihnen wurde der Lösung näher gebracht. Die Liste der Verhandlungsthemen umfaßte nach Angabe des Schlußkommuniqués die Abrüstung, die europäische Sicherheit, die Deutschlandfrage, die Gefahrenlage im Nahen Osten, die wirtschaftlichen Beziehungen, den kulturellen Austausch und manches andere. Die Aussage über das Ergebnis bleibt jedoch meist deklamatorisch: gegenseitige Versicherungen guten Willens und gemeinsamer Anstrengungen zur Wahrung des Friedens und zur Lösung der noch offenen Fragen.

Eine günstigere Wertung verdienen vielleicht die Besprechungen über die Nahost-Frage und über die Abrüstung. In den Londoner Abrüstungsverhandlungen der vier Mächte sollen die Sowjets jedenfalls ein kleines Entgegenkommen gezeigt haben, das nach Meinung unterrichteter Kreise eine gewisse Weiterentwicklung verspricht. Auch in der Frage des britisch-sowjetischen Handels, den Moskau mit lockenden Angeboten zu erweitern sucht — möglichst unter Beseitigung der strategischen Sperrliste —, könnten sich vielleicht noch praktische Auswirkungen ergeben. Doch ist das leichter gesagt als getan. Wenn nämlich Moskau bei unbeschränktem Handelsverkehr bis zum Jahre 1960 für rund 12 Milliarden DM Waren in Großbritannien zu kaufen bereit und in der Lage sein will, so erhebt sich die schwierige Frage, was als sowjetische Gegenleistung dem britischen Partner angeboten und von ihm abgenommen werden könnte.

Am deutlichsten wird in dem

abschließenden Kommuniqué die Ergebnislosigkeit der Besprechungen über die europäische Sicherheit betont. Die Bedeutung dieses Problems, in das vor allem auch die deutsche Wiedervereinigung eingeschlossen ist, wird zwar stark unterstrichen, zugleich aber wird mit dürren Worten festgestellt, daß „eine Verständigung über die Mittel, die zur Verwirklichung dieses Zieles dienen, nicht erreicht worden ist“. Hier ist natürlich der Punkt, wo den Deutschen die britisch-sowjetischen Besprechungen am stärksten berühren und interessieren. Das hat die britische Regierung veranlaßt, gleichzeitig mit dem Abschlußkommuniqué eine Erklärung zur Deutschlandfrage zu veröffentlichen, in der sie sich erneut zur Herbeiführung der deutschen Wiedervereinigung als einem „fundamentalen Grundsatz der britischen Außenpolitik und als dem wichtigsten Mittel der europäischen Sicherheit“ bekennt. In der Erklärung wird zugleich festgestellt, daß bei den Besprechungen über die Deutschlandfrage beide Seiten ihre „wohlbekannte Position“ aufrechterhalten haben. Das bedeutet also, daß hier nicht der geringste Fortschritt erzielt worden ist.

Als Fortschritt wäre auch kaum die Tatsache zu verzeich-

nen, daß Chruschtschow führenden Mitgliedern der Arbeiterpartei angeblich die Möglichkeit einer direkten deutsch-sowjetischen Verständigung über die Wiedervereinigung angedeutet haben soll. Das ist mehr die Spekulation auf eine deutsche Schwäche und eine besonders „billige“ Lösung, als die Bereitschaft zu einer wirklichen Verständigung mit uns. Diese nämlich müßte neben der Einheit selbstverständlich die volle Freiheit Deutschlands und aus völkerrechtlichen Gründen auch die Zustimmung der Westmächte einschließen. In London hat sich also gezeigt, daß in der Deutschlandfrage die internationalen Fronten noch unverändert hart sind. Sie aufzulockern und einer verständigen Lösung zugänglich zu machen, bleibt deshalb weiterhin das wichtigste Anliegen der deutschen Politik.

Das alles spricht nicht gegen das Experiment, das die britische Regierung mit der Einladung der sowjetischen Staatsmänner unternommen hat. Für Bulganin und Chruschtsow war es einmal sehr nützlich, in einer der wichtigsten Zentralen der freien Welt gewisse Erfahrungen zu sammeln, die ihnen der nüchterne Sinn des britischen Volkes verhältnismäßig leicht gemacht hat.

Ebert antwortete nicht

Berlin (Eigenbericht). Der Leiter der Ostberliner Verwaltung, Ebert, hat die Aufnahme von Kontakten führender Berliner Politiker mit in sowjetischen Zuchthäusern inhaftierten politischen Häftlingen abgelehnt. Er hatte in einem Schreiben den Regierenden Bürgermeister Dr. Suhr und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Brandt, und den Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Neumann zu einer Besichtigung des amerikanischen „Spionage-Tunnels“ in Alt-Glienicke (Ostberlin) eingeladen. Als Bedingung für diese Besichtigung hatte Brandt gemacht, daß er von vier in der Sowjetzone inhaftierten Häftlingen (Dr. Kluge, Bialek, Gottschling und Sperling) begleitet wird. Der SPD-Vorsitzende Franz Neumann hatte eine Besichtigung für den Fall

zugesagt, daß ihm gleichzeitig der Besuch namentlich genannter Häftlinge in Sowjetzonen-Zuchthäusern gestattet werde. Suhr lehnte die Besichtigung grundsätzlich ab.

Bei dem ersten von Ebert vorgeschlagenen Treffen von Vertretern des Abgeordnetenhauses mit Personen der Ostberliner Verwaltung seit der Spaltung Berlins am Sonnabend um 11 Uhr am Brandenburger Tor erklärte Ebert in einem Schreiben, das er übergeben ließ, die Erfüllung der Forderungen hinsichtlich der politischen Häftlinge falle nicht in sein Zuständigkeitsgebiet. Brandt verlängerte daraufhin die Frist für eine Zusage bis Montag, 11 Uhr, falls bis dahin seine Forderungen erfüllt werden. Ebert ließ jedoch nichts mehr von sich hören.

Wiedervereinigung bleibt oberstes Ziel

Bundesparteitag der CDU — Adenauer wieder 1. Vorsitzender

Stuttgart (Eigenbericht). Auf dem größten Parteitag, den es je im Nachkriegsdeutschland gegeben hat, bestätigte die CDU in Stuttgart erneut ihre Politik der Wiedervereinigung und des Festhaltens an den Verträgen mit den Westmächten. Bundeskanzler Dr. Adenauer, der einstimmig zum ersten Parteivorsitzenden für zwei Jahre wiedergewählt wurde, erklärte zum Abschluß des Parteitages, in der Frage der Wiedervereinigung müsse klug, maßvoll und stetig gehandelt werden. Mit nationalem Phrasengedresch bekomme man Deutschland nicht wieder zusammen.

Die Wiedervereinigung, so sagte Adenauer, sei für die Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges eine Frage des tiefsten Gefühls. Für andere Völker sei sie eine Frage des Verstandes, vielleicht auch des Rechtsgefühls. Ohne die tatkräftige Mitwirkung der freien Völker der Welt werde die Zustimmung der Sowjetunion zu freien Wahlen und zur Wiedervereinigung nicht durchgesetzt werden können. Der Kanzler fuhr fort, Bulganin habe ihm in Moskau bestätigt, daß die Sowjetunion bei der bedingungslosen Kapitulation die Pflicht zur Wiedervereinigung Deutschlands übernommen habe. Es müsse der östlichen und westlichen Welt klarwerden, daß sie von einem wiedervereinigten Deutschland nichts zu fürchten hätten.

Seit 1945 sei die CDU/CSU die Partei, von der die ganze Verantwortung in der Bundesrepublik, der ganze Erfolg und die Last des Erfolges getragen werde. Die politische Kraft der Partei stütze sich auf das gemeinsame religiöse Empfinden ihrer Mitglieder.

Schwerpunkte des Parteitages waren drei Themengebiete: die erneute Überprüfung der politischen Haltung nach innen und außen auf der Grundlage christlicher Gesinnung, die Beratung über die vordringlichen Aufgaben der Sozialreform, der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die organisatorische Festigung und Entwicklung der Partei im Hinblick auf die zukünftigen politischen Entscheidungen. In neun Entschlüssen legte der Parteitag seine außen-, innen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen nieder.

Sozialpolitische Beschlüsse

Zur inneren Festigung gegenüber der kommunistischen Ge-

fahr, aber auch zur Verwirklichung alter christlich-demokratischer Programmpunkte beschloß die CDU eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen, die von der Rentenreform über den familiengerechten Wohnungsbau bis zur Schaffung von Eigentum und Mitigentum reichen. Im Vordergrund hierbei stand die Förderung der Familie, Wirtschaft und steuerpolitisch befürwortete die CDU Maßnahmen zur Lenkung der Konjunktur, zur

Förderung der Landwirtschaft und vor allem auch des Mittelstandes. Sie bestätigte das Steuerenkungsprogramm der Koalition.

Die CDU erneuerte in den grundlegenden Referaten ihres Vorsitzenden Dr. Adenauer und des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier ihr Bekenntnis zur christlichen Grundhaltung in der Politik. Sie faßt ihren politischen Auftrag nach den Worten ihres Geschäftsführers Dr. Heck dahin auf, die große Volkspartei zu sein, in der sich die politische Einheit der Konfessionen manifestiert.

Die CDU untersuchte unbefangenen und gründlich die Möglichkeiten, das Verhältnis zur Sowjetunion im Sinne einer dauernden Koexistenz zu gestalten. Sie nahm diese Überprüfung vor in der Absicht, hier zwar nichts zu unterlassen, was einer Entspannung dienen kann, zugleich aber die Wachsamkeit ge-

(Fortsetzung auf S. 7)

Mut zum Glaubensbekenntnis

Dibelius und Lilje auf der Tagung der evang. Männerarbeit

Berlin (Eigenmeldung). Anlässlich der zehnten Jahrestagung der „Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland“ in Berlin, an der rund 100 Delegierte aus Ost und West teilnahmen, hat Bischof D. Dibelius gesagt, es komme besonders im Osten darauf an, mit Mut und Tapferkeit seinen evangelischen Glauben zu bekennen. Es sei eine der Hauptaufgaben der kirchlichen Männerarbeit, dafür zu sorgen, daß es immer genug Männer gebe, die bereit seien, mit ihrem Bekenntnis tapfer im öffentlichen Leben zu stehen.

Landesbischof D. Lilje (Hannover) sprach zu dem Thema „Männerarbeit als Funktion der Kirche“. Er stellte fest, der Westen sei für die anhebende geistige Auseinandersetzung in der Welt nicht besonders gerüstet, weil er in seinem Glauben nicht genügend gefestigt sei. Es komme darauf an, den Dienst der Kirche glaubwürdiger zu machen.

In der Ostberliner Marienkirche sagte Lilje, die Frage

der Wiedervereinigung könne nicht aus der Weltgeschichte verschwinden, bis es eine klare, ruhvolle und den Bürgern Frieden bringende Lösung gebe.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Sowjets mußten harte Worte hören

Der England-Besuch Bulganins und Chruschtschows

London, 30. 4. (Eigenmeldung). Die sowjetischen Führer, Ministerpräsident Bulganin und KP-Chef Chruschtschow, sind von ihrem zehntägigen Staatsbesuch in Großbritannien wieder nach Moskau zurückgekehrt. Das Ergebnis der insgesamt vierzehnstündigen Besprechungen mit dem britischen Premierminister Eden ist mehr als mager.

Trotz gegenteiliger Behauptungen ostzonaler Parteiblätter war die Aufnahme der beiden sowjetischen Politiker in London nicht sonderlich herzlich. Im Gegenteil, Bulganin und Chruschtschow bekamen manches harte und unfreundliche Wort von den Zuschauern zu hören, die die Straßen säumten, wenn die schwarzen Limousinen erschienen. Vor allem haben die nach vielen Tausenden zählenden Emigranten durch Demonstrationen und Transparente schonungslos den sowjetischen Gästen ihr Schuldkonto vor Augen gehalten.

In Trinksprüchen wurde zwar immer von „nützlichen Besprechungen“ geredet, und wo es nur ging, bliesen die beiden Gäste aus Moskau die Friedensschalmei und bekannten sich zur Koexistenz und Ächtung des Krieges, aber einmal hat Chruschtschow die Katze aus dem Sack gelassen, da wurde er deutlich, um nicht zu sagen massiv. Nachdem man ihm in Birmingham einen recht unfreundlichen Empfang mit Maueranschlägen wie „Haut ab, Mörder!“ oder Spruchbändern wie „Nieder mit Moskau“ bereitet hatte, verlor der Parteichef die Fassung und verkündete in einer Rede in der Handelskammer von Birmingham drohend, die Sowjetunion verfüge bald über gelenkte Geschosse mit Wasserstoff-Ladung, die jeden Teil der Erde erreichen könnten, und als erste habe die Sowjetunion die Wasserstoffbombe von Flugzeugen aus zur Explosion gebracht. Seit dieser drohenden Rede war die Atmosphäre in den britisch-sowjetischen Verhandlungen erheblich abgekühlt. Sie wurde dadurch noch eisiger, daß Chruschtschow ein Eingreifen zur Freilassung der hinter dem eisernen Vorhang inhaftierten 150 Sozialisten schroff ablehnte.

Das Schlußkommuniqué über die Besprechungen mit Eden ist eine offensichtlich Verlegenheitsklärung. In der Nahost-Frage haben die Sowjets an

einer friedlichen Beilegung des Konflikts zugesagt. Auch eine Erweiterung des britisch-sowjetischen Handels ist vorgesehen. Die kulturellen Kontakte sollen verstärkt werden. Das ist aber auch alles. Über die europäische Sicherheit wurde keine Verständigung erzielt, ebenso wenig in der Abrüstungsfrage, und in der deutschen Frage sind

die Fronten unverändert. Im Schlußkommuniqué wird

Deutschland mit keinem Wort erwähnt. Dafür aber haben die Briten eine Sondererklärung zugleich mit dem Schlußkommuniqué veröffentlicht, in der noch einmal eindeutig betont wird, daß die Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands ein „fundamentaler Leitsatz“ der britischen Regierung ist.

Bulganin hat reichlich Geschenke ausgeteilt. Eine wertvolle Stola bekam nicht nur Königin Elizabeth, sondern auch die Gattin des Premierministers Eden. Aber die Briten beurteilen die Sowjets nach ihren Taten und nicht nach ihren Geschenken und ihren Worten.

Keine Angst vor Lenkgeschossen!

US-Chef zerstreut Befürchtungen — Antwort an Chruschtschow

Shreveport, Louisiana (USA) (AP). Noch keine Nation habe ein fertiges interkontinentales Lenkgeschöß in ihrer Rüstkammer, hat der Stabschef der amerikanischen Luftwaffe, General Nathan Twining, in einer Ansprache in Shreveport erklärt. Auch das Vorhandensein einer einsatzfähigen Waffe dieser Art werde das Bombenflugzeug noch für lange Zeit nicht überflüssig machen oder entwerten. Außerdem sei zu erwarten, daß im gleichen Zeitpunkt oder zumindest nicht viel später die jetzt ebenfalls noch fehlende wirksame Abwehrwaffe gegen Lenkgeschosse vorhanden sein werde.

General Twining, dessen Ausführungen offenbar als Antwort

auf die Erklärung des sowjetischen Parteisekretärs Chruschtschow gemünzt waren, daß die Sowjetunion bald in der Lage sein werde, Wasserstoffbomben mit Lenkgeschossen an jeden Punkt der Erde zu bringen, betonte, man müsse das sogenannte interkontinentale ballistische (d. h. nicht selbstgesteuerte) Geschöß einmal „innerhalb der Zukunftswaffen in die rechte Perspektive rücken“. Gewiß werde es „eine ungeheuer wichtige Waffe“ sein. „Aber es wird lange dauern, bis es verlässlich genug ist, um an die Stelle anderer Waffensysteme zu treten und noch viel länger, bevor es in jeder Hinsicht leisten kann, was das Flugzeug leistet.“

Massenmord von Katyn wird untersucht

Polen setzt Ausschuß ein — Wird Stalin die Schuld aufgeladen?

New York (AP). Die polnische Regierung hat nach unbestätigten Berichten eine Untersuchung des Massakers im Walde von Katyn angeordnet, wo im Jahre 1940 über 4000 polnische Offiziere ermordet wurden.

Die Massengräber waren während des Krieges von den deutschen Truppen entdeckt worden, die den Russen die Schuld gaben, während die Sowjets ihrerseits behaupteten, die Deutschen hätten die Massaker verübt. Nach dem Kriege gab ein amerikanischer Parlamentsausschuß wiederum den Russen die

Schuld. Zu welchem Ergebnis nun die Polen auch immer kommen werden — man spricht davon, daß sie Stalin den Massenmord aufladen wollen —, fest scheint zu stehen, daß die Untersuchung mit Zustimmung Moskaus erfolgt. Obwohl die kommunistischen Führer Polens in der Interpretierung der neuen Anti-Stalin-Linie bemerkenswert selbständig sind, so stehen sie wahrscheinlich doch fest zu Moskau, nicht zuletzt deswegen, weil die Sowjetunion der einzige Garant für das Fortbestehen der jetzigen polnischen Westgrenze ist.

So sind sie wirklich:

„Kann man mit Kapitalisten paktieren?“

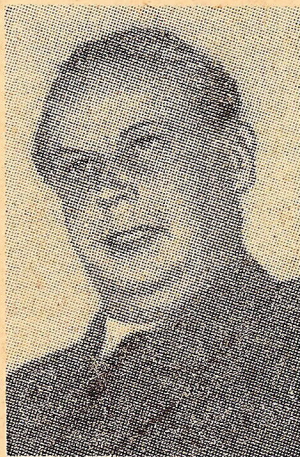
Im Jahre 1930 platze in Hamburg ein von den Gewerkschaften gebilligter und sozial gerechtfertigter Streik, weil sich mitstreikende Kommunisten plötzlich als Gruppe der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) formierten und dem bestreikten Unternehmer einen Burgfrieden anboten. Dadurch gelang es den RGO-Kommunisten, einen neuen Betriebsrat zu stellen, der nun die alten Gewerkschafter schikanierte und seine Stellung im Sinne der KPD auszubauen verstand. Diese in der Gewerkschaftsgeschichte einmalige Affäre war die Bravouraktion Herbert Warnkes, des damaligen Leiters der RGO-Bezirksleitung Weser-Ems, die KPD-Chef Thälmann mit Stolz als die stärkste in Deutschland bezeichnen konnte.

Warnke war zu dieser Zeit kein Unbekannter mehr. 1902 als Sohn eines Hamburger Maurers geboren, ging er nach vierjähriger Bankbotentätigkeit 1920 zu Blohm & Voß. Als Werft-Nieter nahm ihn die Gewerkschaft auf. 1923 erklärte er seinen Beitritt zur KPD. 1928 wählten ihn die Nieter der Werft zum Vertrauensmann, als der er sofort an die Gründung einer KPD-Gewerkschaftsgruppe ging. Aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, verstand es Warnke, die stark kommunistisch beeinflusste Belegschaft auf seine Seite zu ziehen und sich gegen alle gewerkschaftlichen Regeln zum Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates zu machen. Die unausbleibliche Entlassung brachte ihm 1930 die Bezirksleitung Weser-Ems der RGO und einen Posten in der örtlichen KP-Leitung ein.

Im Auftrage Wollwebers

Nach Machtantritt Hitlers arbeitete Warnke illegal. Der Zeitpunkt seiner Emigration ist unbekannt. Vermutlich übersiedelte er aber bereits 1933 nach Dänemark. Als Matrose getarnt, zog er Sabotagegruppen unter deutschen Seeleuten auf. Wollweber holte ihn 1938 nach Schweden, wo ihn die Polizei im November 1939 bei einem

HERBERT WARNKE



mißglückten Sprengstoffanschlag verhaftete. Knapp vier Jahre blieb Warnke in Schweden interniert. Aber schon im Herbst 1943 — zu dieser Zeit lebte Wollweber bereits zwei Jahre in Moskau — wiesen zwei mysteriöse Schiffsuntergänge wieder auf das Team Wollweber-Warnke hin.

Warnke kehrte erst im Dezember 1945 nach Deutschland zurück. Solange blieb unklar, ob ihn die Sowjets im Geheimapparat oder in der Politik weiterzubeschäftigen wünschten. Fünf Monate FDGB-Vorsitzender in der Provinz, holte ihn das SED-Zentralsekretariat im Herbst 1946 nach Berlin zum neu eingesetzten FDGB-Bundesvorstand. Warnke wurde verantwortlich für die Arbeit der Betriebsräte, deren Auflösung er später selbst veranlaßt hat. Im April 1948 übernahm er die Schlüsselposition eines Organisationsleiters des FDGB, um im Oktober des gleichen Jahres den amtsentobenen und erst kürzlich wieder rehabilitierten Jendretzky als FDGB-Chef abzulösen.

Warnke begründete die Theorie des „doppelgesichtigen Streiks“. Die Arbeitsniederlegung in einem volkseigenen Betrieb, und sei sie noch so ge-

rechtfertigt, wurde zum „Verrat“, zur „antigewerkschaftlichen Aktion“, gestempelt. Die Streiks in Privatbetrieben dagegen erklärte Warnke als „den gewerkschaftlichen Zielen näherbringend“. Seine 1931 auf Grund der mißlichen Hamburger Affäre geschriebene Streitschrift „Kann man mit Kapitalisten paktieren?“ wurde zur gefährlichen Literatur. Alle damals gegen ihn aufgetretenen kommunistischen Gewerkschafter spielte Warnke an die Wand. Auf der Strecke blieben Jakob Walcher, Chefredakteur der „Tribüne“, der zweimal verhaftete Stellvertreter Warnkes, Alex Stark, der gleichfalls verhaftete 2. Vorsitzende des FDGB Brandenburg, Max Kiefer, und einige andere weniger bekannte FDGB-Sekretäre.

Gefährdete Funktion

Heute ist Warnke Kandidat des SED-Politbüros, Vizepräsident des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes, Volkskammervertreter des Bezirks Frankfurt an der Oder und Präsidiumsmitglied des Nationalrates der Nationalen Front. Orden und Ehrenzeichen wurden ihm zuteil. Als FDGB-Chef befehligt er die größte sowjetzonalen Massenorganisation. Aber seine Funktion ist die vielleicht gefährdetste von allen, die das SED-Regime zu vergeben hat. Wie der 17. Juni 1953 aus gewerkschaftlichen Lösungen und in den Betrieben geboren wurde, so ist heute der gesamte FDGB zu einem bedrohlichen Faktor innenpolitischer Unsicherheit geworden. Warnkes Hauptziel, die absolute Gleichschaltung der Sowjetzonen-Gewerkschaften, ist ihm nur scheinbar geglückt. Nirgends gelten auch heute noch alte Traditionen und das Ansehen alter nichtkommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre mehr als in den Betriebsgruppen des FDGB. Vergeblich hat Warnke versucht, durch willigen FDJ-Nachwuchs hier Breschen zu schlagen. Schon sucht die SED nach einem Mann, der fähiger dazu scheint. Sein Kommen wird Warnkes Ablösung zeitlich bestimmen.

Das Kominform verläßt seine Kinder

Nicht alle aus Vietnam und Korea sind „Waisen“

Es wird wenige Kommunisten geben, die sich von der zweiseitigen Auflösung des „Kominform“ betroffen fühlen. Dafür bekommen einige tausend Kinder in diesen Tagen die Folgen des sowjetischen Schächzuges zu spüren. Denn was nur wenigen bekannt war — dem „Kommunistischen Informationsbüro“ unterstanden ganz nebenbei auch die Heime und Erziehungslager mit koreanischen und vietnamesischen „Waisenkindern“. Allein in der Zone gibt es fast ein Dutzend solcher Heime, in der Tschechoslowakei rund fünf und in Ungarn sieben. Polen hat erst kürzlich zwei derartige Lager aufgelöst, ohne daß etwas von einer Rückführung der Kinder in ihre Heimatländer bekanntgeworden ist.

Die Internierung der zumeist während der Kampfhandlungen verschleppten Kinder stellt eine der größten Ungerechtigkeiten der Nachkriegsgeschichte dar. Aus dem griechischen, koreanischen und vietnamesischen Bürgerkriegen brachten die in die Ostblockstaaten geflüchteten Kommunisten Tausende angeblich elternloser Kinder mit, die fortan in einigen Oststaaten nach sowjetischen Prinzipien erzogen wurden. Als einziges Land hat bisher Griechenland die Freilassung eines Teils seiner Kinder erzwingen können. Suchaktionen und Hilferufe der verzweifelten Eltern brachten zutage, daß höchstens die Hälfte dieser Kinder wirklich Waisen sind. Den übrigen würde bis heute vorenthalten, daß ihre Angehörigen noch am Leben sind. Selbst wenn man den Kommunisten zugute halten wollte, daß ihnen dies in den Wirren der Bürgerkriegskämpfe verborgen geblieben sein soll, so rechtfertigt dies nie den großangelegten Kinderraub. Ganz abgesehen davon, daß es eines geringen Aufwandes bedürfte, um die noch heute in Südkorea und Vietnam lebenden Eltern aufzufinden.

„Die SED sorgt für Euch!“

Jetzt, nach der Auflösung des „Kominform“, macht man sich erstmalig Gedanken über die weitere Zukunft der straff militärisch erzogenen Jungen und Mädchen. Die Verbindungsorgane des Kominform haben die ihnen unterstellten Heime kurzerhand an die örtlichen kommunistischen Parteien übergeben, und diese scheinen von

der Erbschaft wenig beglückt. In Moritzburg bei Dresden erklärte ein bisher als angeblicher koreanischer Oberleutnant gelegentlich vorsprechender Kominform-Vertreter der verduzten Heimleitung: „Die SED wird künftig für alles sorgen!“

Diese aber sieht sich vorerst außerstande, eine Verantwortung für die Kinder zu übernehmen. Gewiß, man hat einige der Älteren in volkseigene Betriebe zur Lehrlingsausbildung und auf die Universitäten geschickt, aber was soll endgültig einmal aus ihnen werden? Nordkorea hat bisher nicht den geringsten Versuch gemacht, diese Kinder aufzunehmen, die Sowjetunion hat sie selbst in die Zone abgeschoben, andere Ostblockstaaten fürchten spätere diplomatische Verwicklungen. So plant man ernstlich, diese Heime aufzulösen und die Kinder einzeln

auf deutsche Einrichtungen zu verteilen. Für die Verschleppten würde dies eine grausame Maßnahme bedeuten. Ihr Zusammenhalt ist das letzte Band, das sie an die Heimat knüpft. Keines dieser Kinder hat die Hoffnung aufgegeben, einmal wieder „nach Hause“ zu kommen, auch wenn dieses „Zuhause“ den zwangsweisen Aufenthalt im kommunistischen Teil ihres Heimatstaates nach sich ziehen würde. Solange das Kominform bestand und für die Kinderlager verantwortlich zeichnete, bestand jene Hoffnung zu Recht. Jetzt stellen sich die kommunistischen Behörden Koreas und Vietnams auf den Standpunkt, eine Heimführung könne nur erfolgen, wenn es sich unwiderrückbar um Waisenkinder handelt. Plötzlich wird angezweifelt, was gestern noch als bewiesen galt. Der Grund: Kommt ein solches Kind nach Korea, und den südkoreanischen Eltern gelingt es, dieses Kind zu identifizieren, gäbe es einen nicht geringen internationalen Skandal. Um diesen zu vermeiden, hat das aufgelöste Kominform kurzerhand alle Verantwortung von sich abgewälzt. Es läßt die Kinder im Stich, deren Status es jahrelang verleugnet hat. Nur wer das Schicksal deutscher und spanischer Emigrantenkinder nach der Schein-Auflösung der Komintern im letzten Krieg heranzöge, bekäme ein ähnliches Beispiel für dieses seltsame Vorgehen des „Kominform“.

Werden Binnenzölle abgeschafft?

Gemeinsamer Markt und Atomgemeinschaften

Bonn (DAP/AP). Die sechs Länder der Montanunion wollen innerhalb von zwölf Jahren auf der Basis einer Zollunion einen gemeinsamen Markt schaffen und innerhalb dieses Zeitraumes alle Binnenzölle zwischen den sechs Staaten abschaffen. Sie wollen sich ferner zu einem Atompool „Euratom“ zusammenschließen und gemeinsam die friedliche Nutzung der Atomenergie vorantreiben. Dies sieht ein Plan vor, der jetzt von der Sachverständigenkommission der sechs Montanunion-Länder veröffentlicht und Ende Mai von

den Außenministern beraten werden soll.

Der Plan sieht ferner zur Finanzierung von Investitionen, insbesondere in unterentwickelten Gebieten, die Schaffung eines europäischen Investitionsfonds mit einem Grundkapital von einer Milliarde Dollar vor. Verzerrungen, die durch ungleiche Sozialleistungen und Steuerverpflichtungen entstehen, sollen durch entsprechende Anpassungen der Wechselkurse aufgehoben werden. Auch auf dem Gebiet des Transportwesens und der Post wollen die sechs Länder enger zusammenarbeiten.

Wiedervereinigung bleibt oberstes Ziel

(Fortsetzung von S. 3)

genüber der nach wie vor ernst zu nehmenden kommunistischen Infiltration zu stärken. Sie forderte, eine Lehrstätte zur Erforschung des Kommunismus und Marxismus zu errichten.

Dem Parteitag war eine Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorausgegangen, in der sich die Abgeordneten einmütig für die allgemeine Wehrpflicht entschieden. Als gleichberechtigte Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer wurden Bundesminister Jakob Kaiser, Bundesratspräsident Kai Uwe v. Hassel, der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold und Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier gewählt.

Die besondere Verbundenheit der CDU mit politischen Freun-

den im Westen zeigte sich in der Teilnahme des früheren französischen Außenministers Robert Schuman, der dem Parteitag die Wünsche und Grüße der Republikanischen Volkspartei überbrachte und besonders die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung ausdrückte.

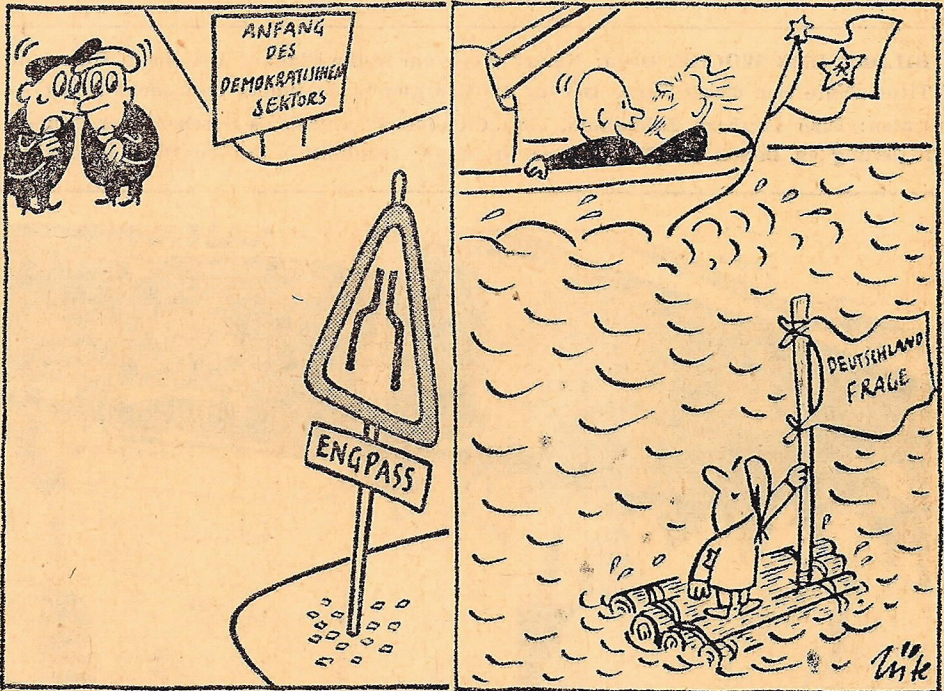
Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

SSD, herhören!

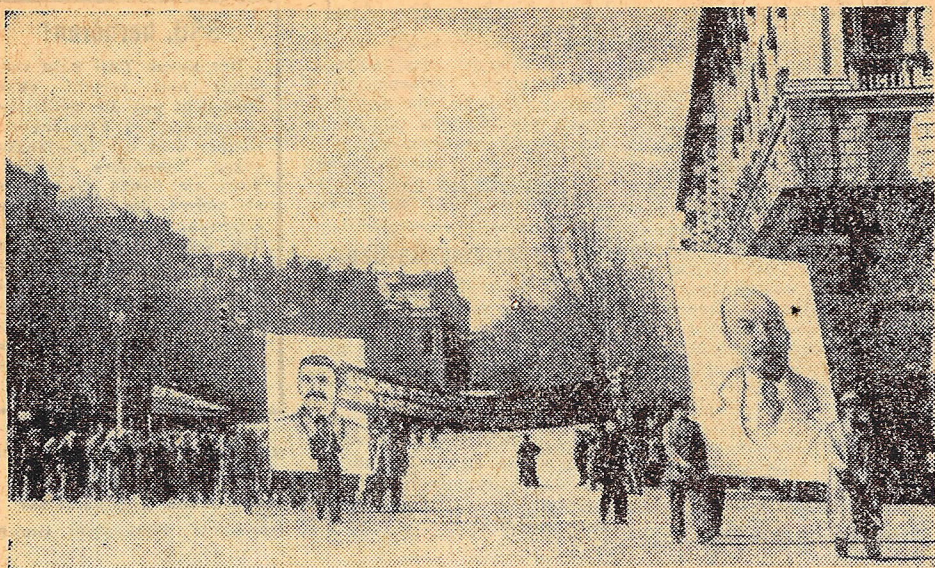
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.



„Jeh' rüber und hole dei neue Verkehrszeichen, Genosse, dei brauchen wir für unsre Versorgung!“

RÜCKFAHRT
„So eine Seereise, Genosse, ist doch was Herrliches!“



BILDER DER WOCHE. Oben: Nanu? Noch ein Stalin-Plakat? Bei einem Umzug in Tiflis zeigte sich dieser Tage, daß für die Georgier Stalin immer noch nicht tot ist. — Unten: Eine fahrbare Zahnklinik, ein „Clinomobil“, wurde als Geschenk der Bundesregierung an Indien von Botschafter Dr. Meyer (Bildmitte) in Neu Delhi übergeben

